

sozialismus.info - Website der SAV - Sozialistische Alternative

Wie ist der Programmwurf der LINKEN zu bewerten?

Thema: Debatte, "DIE LINKE.", Solidarität 90, veröffentlicht: 12.05.2010



Die Linkspartei diskutiert ein Grundsatzprogramm

Im März legte die 16-köpfige Programmkommission der LINKEN den, in ihrem Kreis einstimmig angenommenen, Entwurf für ein Parteiprogramm vor. Am 20. März wurde es von den Vorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Papier soll die "Programmatischen Eckpunkte", das bisherige Grundsatzdokument der

Partei, ablösen.

Neben der Präambel "Dafür steht DIE LINKE" enthält es fünf Kapitel: "I. Woher wir kommen, wer wir sind", "II. Krisen des Kapitalismus - Krisen der Zivilisation", "III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert", "IV. Linke Reformprojekte - Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung" und "V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft".

Auf dem Bundesparteitag in Rostock am 15. und 16. Mai steht es nicht auf der Tagesordnung. Es soll auf einem Parteitag im Herbst 2011 verabschiedet werden. Nachzulesen ist es unter www.die-linke.de/programm/programmwurf

Sascha Stanicic,

Bundessprecher der SAV, die Mitgliedschaft in der LINKEN wurde ihm nach Einspruch des designierten Parteivorsitzenden Klaus Ernst bisher verweigert

Ein Schritt nach links, aber keine Strategie zum Sozialismus

Ein Grundsatzprogramm hat zur Aufgabe, die gesellschaftspolitischen Ziele einer Partei und den Weg zur Durchsetzung derselben zu formulieren und den Mitgliedern und WählerInnen so eine politische Orientierung und Identifikation zu geben, die über den Tag hinaus weist. Der Programmentwurf formuliert das Ziel klar und deutlich: demokratischer Sozialismus. Das ist gut und ein wichtiger Schritt voran (beziehungsweise nach links) im Vergleich zu bisherigen programmatischen Dokumenten der Partei. Ebenso ist es ein Fortschritt, dass die Macht- und Eigentumsfrage aufgeworfen wird und an Regierungsbeteiligungen Bedingungen geknüpft werden, die laut dem LINKE-Abgeordneten Jan Korte bedeuten, dass die Partei dann in Berlin und Brandenburg nicht mitregieren dürfe. All das sind Gründe dafür, vieles an dem Programmentwurf gegen die seit seiner Veröffentlichung erhobene Kritik vom rechten Parteiflügel zu verteidigen.

Das darf aber nicht bedeuten, den Programmentwurf nicht einer deutlichen Kritik von links zu unterziehen. Denn er erfüllt die Anforderungen an ein modernes sozialistisches Programm angesichts der kapitalistischen Weltwirtschafts- und Umweltkrise nicht. Weder gibt er eine Vorstellung davon, wie demokratischer Sozialismus aussehen soll, noch vermittelt er eine Strategie zur Erkämpfung desselben.

Der Text vertritt implizit die Vorstellung, dass es die Möglichkeit gibt, im Rahmen kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Verhältnisse einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu erreichen. Das ist eine Illusion. Ein solcher Umbau der Gesellschaft erfordert als Voraussetzung die Überwindung des Kapitalismus. Die Krise führt zu einer Offensive gegen den Lebensstandard und die Rechte der Arbeiterklasse, gegen Umweltauflagen und Sozialleistungen. Warum? Weil sie den kapitalistischen Konkurrenzkampf massiv verschärft und die Profitraten drückt. Das bedeutet nicht, dass dem kein Einhalt geboten werden kann. Aber das ginge nur durch eine Gegenoffensive der Arbeiterbewegung in den Betrieben und auf der Straße - mit Streiks, Betriebsbesetzungen, Massenmobilisierungen. Eine solche Gegenoffensive müsste den Kampf zur Verteidigung gegen die Angriffe des Kapitals direkt verbinden mit dem Kampf zur Abschaffung des Kapitalismus. Dieser Gedanke ist im Programmentwurf nicht enthalten. Er verschiebt den Kampf für Sozialismus in eine unbestimmte Zukunft.

Stattdessen soll es gegen die „Dominanz“ von kapitalistischem Eigentum und Profitstreben gehen und der Markt kontrolliert werden. Auch wenn die Vergesellschaftung von Banken und strukturbestimmenden Unternehmen gefordert wird, wird doch der kapitalistischen Produktionsweise als solcher keine Alternative entgegen gestellt. Das wird besonders deutlich, wenn Vetorechte für Belegschaften gegen Entlassungen und Betriebsschließungen nur für solche Unternehmen gefordert werden, die nicht insolvenzgefährdet sind. Offener kann man die Gesetzmäßigkeiten des Marktes kaum akzeptieren.

Hinzu kommt, dass der Entwurf in einigen konkreten Fragen hinter bisherige Beschlusslagen zurück fällt, unter anderem wenn er sich nur gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr und nicht gegen alle Auslandseinsätze ausspricht.

Nötig wäre ein Programm, das folgende Gedanken in den Mittelpunkt stellt:

1. Es gibt einen Interessengegensatz zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen, der nicht gelöst werden kann. DIE LINKE steht konsequent auf der Seite der Lohnabhängigen und Benachteiligten und kämpft für deren Rechte.
2. DIE LINKE stimmt keiner einzigen Maßnahme zu, die die Lohnabhängigen belastet oder Banken und Konzerne begünstigt. Die Krisenkosten sollen von den Verursachern in den Chefetagen der Konzerne bezahlt werden. DIE LINKE setzt auf die außerparlamentarische Mobilisierung für den Kampf um Verbesserungen. Parlamentarische Arbeit versteht sich als

Dienstleister dafür.

3. Dieser Kampf muss verbunden werden mit dem Kampf zur Abschaffung des Kapitalismus. Für Überführung aller Banken und Konzerne und von Unternehmen, die Entlassungen vornehmen, in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Auf dieser Basis soll eine demokratische Wirtschaftsplanung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Umwelt ausgearbeitet werden, die nicht an Profitinteressen orientiert ist und Marktkonkurrenz durch Kooperation ersetzt.

4. DIE LINKE wird sich deshalb nur an pro-sozialistischen Regierungen beteiligen, die den Kampf mit den Kapitalinteressen aufnehmen, sich auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Jugend stützen und das Ziel haben, den Kapitalismus zu überwinden.

Linke in der LINKEN sollten für Veränderungen des Programmtextes in diese Richtung eintreten, aber vor allem darauf bestehen, dass die Praxis der Partei dem Programm entspricht.